Presseerklärung vom 13.11.2026

Presseerklärung: Aus für die unabhängige Asylverfahrensberatung - SPD knickt ein

"In der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses wurde die radikale Kürzung der Mittel für die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung bestätigt: Statt 24,5 Mio. Euro soll es nur noch 6,5 Mio. Euro geben. Das sind zwar läppische 1,5 Mio. Euro mehr als von Dobrindt vorgeschlagen, aber ausdrücklich soll es eine unabhängige Beratung nur noch für vulnerable Personen geben. Das ist das Aus für die allgemeine behördenunabhängige Asylverfahrensberatung, obwohl ihre Förderung mit Bundesmitteln unverändert im Gesetz steht (§12a AsylG). Und das zu einem Zeitpunkt, zu dem es einer unabhängigen Beratung mehr denn je bedarf. Die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist mit zahlreichen Zumutungen für Asylsuchende verbunden, viele Rechtsfragen sind ungeklärt. In beschleunigten Verfahren und insbesondere in den Verfahren an der Grenze unter faktischen Haftbedingungen brauchen Schutzsuchende eine wirksame Unterstützung und engagierte Hilfe von außen", erklärt Clara Bünger, innen- und fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag, zur Kürzung der Mittel für die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung. Bünger weiter:

"Es ist mir unbegreiflich, wieso die SPD diesem Kahlschlag zugestimmt hat. Im Koalitionsvertrag war eine Evaluierung, nicht die Abschaffung der behördenunabhängigen Beratung vereinbart worden. Diese Evaluierung ist positiv ausgefallen, dennoch folgt nun dieser drastische Schritt. Dobrindt hat bei der Durchsetzung der von ihm ausgerufenen Migrationswende offenbar freie Hand, die systematische Entrechtung von Schutzsuchenden geht weiter."

Clara Bünger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sprecherin für Innen- und Fluchtpolitik
clara.buenger@bundestag.de
clarabuenger.de

Clara Bünger
Die Linke